

Der Fall Erdogan

mn. Seit dem 21. Februar 2006 sitzt der kurdische Alewit Erdogan E. in Ausschaffungshaft. Obwohl in der Türkei politische Aktivisten wie Erdogan immer noch gefoltert werden, will die Schweiz ihn in die Türkei ausliefern. Der Fall Erdogan ist kein Einzelfall!

Die Türkei verlangt immer öfter die Auslieferung politischer Flüchtlinge und die Schweiz liefert bedenkenlos anerkannte Flüchtlinge aus. Obwohl in der Türkei wieder Dutzende von Hausdurchsuchungen bei Gewerkschaftsbüros, Menschenrechtsvereinen, Zeitungen und Radios durchgeführt und Hunderte von Leuten verhaftet wurden. Verhaftung bedeutet in der Türkei immer noch Folter!

Wer ist der anerkannte politische Flüchtling Erdogan E.?

Aus seiner Biografie ist zu entnehmen, dass der Kurde Erdogan 1979 in Istanbul, kurz vor dem Militärputsch (1980), geboren wurde. Als Kind sah er Soldaten und Panzer, Kämpfe und Ausgangssperren. Er wuchs in einem religiös-faschistisch geprägten Quartier auf und erlebte schon früh den Rassismus gegenüber den alewitischen Kurden. Seine Familie engagierte sich politisch und wurde deshalb immer wieder Ziel von Übergriffen. Statt eingeschult zu werden, lernte das Kind Erdogan sich auf der Strasse zu behaupten und Geld zu verdienen. Die herrschenden Klassen- und Rassenunterschiede wurden dem Kind bereits früh eingebläut. 1992 marschierte der 13-jährige an der 1. Mai-Kundgebung direkt in die Gewalt von Polizei und Armee, die ohne viel Federlesens in die Menge schoss. In der Folge verschwanden viele Menschen aus seinem Bekanntenkreis. Sie wurden verhaftet, inhaftiert, gefoltert und getötet. Sich gegen den Staat und dessen tödliche Repression zu engagieren war für Erdogan eine Selbstverständlichkeit. Der Pubertierende war häufig auf der Flucht und wurde als angeblicher PKK-Anhänger von den türkischen Behörden gesucht. Im Bewusstsein, dass ihm der sichere Tod drohte, floh er als 15-jähriger in die Schweiz, bekam Asyl - also Schutz (!) und lebt hier seit 9 Jahren als anerkannter Flüchtling.

Polizistenmörder?

2001 verlangten die türkischen Behörden die Auslieferung des mittlerweile volljährigen Mannes, weil er angeblich in der Türkei als Halbwüchsiger einen Polizisten ermordet haben soll. Darauf ging die Schweizer Polizei nicht ein. Die belastenden Aussagen waren nachweislich unter Folter zustande gekommen. 2006 reichten die Türken über Interpol einen überarbeiteten Antrag ein und plötzlich ging alles extrem schnell. Erdogan wurde verhaftet und sitzt



seit Februar diesen Jahres wegen Fluchtgefahr in Ausschaffungshaft und wird zudem von Gefängnis zu Gefängnis herumgeschoben.

Nach seiner Auslieferung in die Türkei würde Erdogan in die F-Typ-Gefängnisse (TAXI 4) gesperrt und dort - wie alle andern Gefangenen - gefoltert.

Folter ist in der Türkei Alltag

Ein faires Verfahren ist nicht zu erwarten. Die Unterdrückung linker politischer Opposition, auch mittels Folter, Verschleppung und Mord, wird von der türkischen Regierung immer noch betrieben und toleriert. Auf Druck der EU wurden zähneknirschend Gesetzesverbesserungen durchgeführt. An der gängigen Folterpraxis hat sich real wenig geändert. Zudem hat das türkische Parlament Ende Juni 06 eine Verschärfung der kritisierten Gesetze beschlossen. Im Kampf gegen die Isolationshaft in den F-Typ-Gefängnissen starben bis heute 122 Menschen, mehr als 600 überlebten mit bleibenden Schäden.

Daher fordert ein breites Bündnis, dass Erdogan nicht in die Türkei ausgeliefert wird und unverzüglich aus der Schweizer Haft

freigelassen wird. Dazu läuft eine Unterschriftensammlung, die von mehreren tausend Personen unterschrieben wurde. Aber auch sonst werden engagierte Menschen in der Schweiz aktiv. So auch kürzlich, als einige AktivistInnen den Empfangsraum des Zürcher Lokalradios Energy besetzten und versuchten die Ausstrahlung eines informativen Beitrags durchzusetzen. Leider vergeblich.

Hungerstreik und Solidarität

Auch Marco Camenisch zeigt seine Solidarität mit dem inhaftierten Erdogan, indem er - obwohl krank - am 11. September in einen befristeten Hungerstreik getreten ist. Der Hungerstreik ist meist die letzte Möglichkeit für Gefangene auf einen Missstand aufmerksam zu machen.

Immer wieder finden Kundgebungen in verschiedenen Schweizer Städten statt, mit der Forderung Erdogan nicht ins Folterland Türkei auszuliefern. Leider werden diese Menschenrechtsaktivisten meist als Extremisten verunglimpft und so verschwindet die Notlage von Erdogan und auch anderen gefährdeten Flüchtlingen meist unter dem Teppich des Schweigens.